

# DIE NATIONALE KREISLAUFWIRTSCHAFTS- STRATEGIE MUSS GLOBAL GERECHT SEIN

Weltweit werden mehr Rohstoffe verbraucht als die Erde dauerhaft bereithält. Deutschland verbraucht im globalen Vergleich überdurchschnittlich viele Ressourcen: Wenn alle Menschen so wirtschafteten wie in Deutschland, bräuhete es drei Erden, um den Bedarf an Rohstoffen zu decken. Gleichzeitig liegt in Deutschland der Anteil der Sekundärrohstoffe am gesamten Rohstoffverbrauch bei nur circa 13 Prozent. Um allen Menschen und zukünftigen Generationen ein menschenwürdiges, sicheres und gesundes Leben zu ermöglichen, muss unsere Wirtschaft schnellstmöglich ressourcensparend und zirkulär werden.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) erarbeitet. Es ist gerade wegen der notwendigen Elektrifizierung und Digitalisierung vieler Sektoren aus Rohstoffsicherheits-, Klima- und Menschenrechtsgründen sinnvoll, den Rohstoffbedarf zu verringern.

Wir plädieren dafür, die Strategie auf eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs auszurichten. Die Auswirkungen der Strategie auf den globalen Süden müssen dabei berücksichtigt werden, um eine weltweit gerechte Transformation zu mehr Nachhaltigkeit sicherzustellen.

## Mithilfe der Kreislaufwirtschaft den absoluten Ressourcenverbrauch verringern

Eine ambitionierte und ganzheitliche Kreislaufwirtschaft ermöglicht verantwortliches Wirtschaften. Sie unterstützt nachhaltige Produktions- und Konsummuster und sorgt für die Reduktion des Primärrohstoff- und Energiebedarfs. Damit trägt sie auch zum Klimaschutz bei. So kann die Kreislaufwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 leisten.

Wenn wir in Deutschland weniger Primärrohstoffe verwenden und weniger Abfall erzeugen, können wir massive Belastungen verringern, denen Menschen in Ländern des Globalen Südens aufgrund unserer Wirtschaftsweise ausgesetzt sind. So können insbesondere Gesundheits- und Umweltbelastungen vor Ort reduziert werden, die etwa durch toxische Abfälle entstehen. Ebenso können Menschenrechtsverletzungen abnehmen, die derzeit im Zusammenhang mit dem Bergbau begangen werden.

Um positiv zu wirken, muss die Kreislaufwirtschaft jedoch richtig ausgestaltet sein. Die NKWS muss sich entsprechend an den sogenannten „10Rs<sup>1</sup>“ orientieren. Der Schwerpunkt sollte auf den vorgelagerten „Rs“ liegen, das heißt auf Refuse (nicht konsumieren), Rethink (zum Beispiel leihen statt kaufen) und Reduce (mit weniger Ressourcen und Energie produzieren).

<sup>1</sup> Reuse (wiederverwenden statt wegwerfen), Repair (reparieren), Refurbish (auffrischen/restaurieren), Rema-

nufacture (Weiterverwenden, zum Beispiel durch Upcycling), Recycle, Repurpose (rückgewinnen, zum Beispiel durch Energiegewinnung bei Verbrennung)

## **Wir fordern die Bundesregierung auf,**

- mit der NKWS die Grundlage für eine ambitionierte Kreislaufwirtschaft zu schaffen, mit dem Ziel durch eine konsequente 10R-Orientierung möglichst bald eine absolute Rohstoffreduzierung zu erreichen. Bei richtiger Ausgestaltung reduziert diese die Belastungen für die Länder des Globalen Südens.

## **Die Länder im Globalen Süden müssen bei der Anpassung an eine deutsche und europäische Kreislaufwirtschaft unterstützt werden**

Die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft in Deutschland und in der EU wird neben den globalen Auswirkungen auf Umwelt und Klima direkte Effekte auf Länder im Globalen Süden haben. Durch die konsequente Umsetzung einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft ist zu erwarten, dass sich Rohstoffimporte und Abfallexporte mittel- und langfristig verringern.

Die NKWS wird somit für die Menschen in Ländern des Globalen Südens Veränderungen mit sich bringen. Damit die Länder von der wünschenswerten Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa profitieren können, müssen sie bei der Anpassung unterstützt werden. Denn sie verfügen oftmals nicht über ausreichend finanzielle Ressourcen und Kapazitäten, um negative Effekte einer bei uns umgesetzten Kreislaufwirtschaft abzufedern.

Einige Länder haben sich beispielsweise auf den Export bestimmter Rohstoffe spezialisiert oder sind in ihrer Versorgung mit (Sekundär-)Rohstoffen und Konsumgütern auf Gebrauchsgüter- und Schrottimporten angewiesen. Auch neue Produktstandards mit Blick auf kreislauffähiges Material und Design sind Bestandteil der Transformation zur Kreislauf-

wirtschaft. Zulieferer\_innen aus Ländern des Globalen Südens könnten Schwierigkeiten haben, diese zu erfüllen. Die Verfügbarkeit von Gebrauchsgütern kann aber sinken, wenn Produkte in Europa mehr im Kreis geführt werden.

Ein weiterer möglicher Effekt einer deutschen bzw. europäischen Kreislaufwirtschaft ist, dass nicht-exportierte Rohstoffe den Ländern im Globalen Süden für ihre eigene Produktion und Versorgung, unter anderem mit erneuerbarer Energie, zur Verfügung stehen. Denn trotz der Entwicklung in Richtung Kreislaufwirtschaft sind Rohstoffe ein wesentlicher Bestandteil von lokaler Wertschöpfung, Industrialisierung und Beschäftigung. Mit Blick auf die Weiterverarbeitung von Gebrauchsgütern aus Europa können Unternehmen und Gewerbetreibende, von einer besseren Verwertbarkeit profitieren.

Die mit der NKWS verfolgte Kreislaufwirtschaft sollte die nachhaltigen Entwicklungsanliegen im Globalen Süden unterstützen. Dabei sollte ein Angebot geschaffen werden, um positive Effekte der Transformation in Richtung einer nachhaltigen und zirkulären Wirtschaft zu befördern. Negative Effekte sollten im Sinne von Do no harm abgefedert beziehungsweise verhindert werden. Entsprechend müssen auch Instrumente der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Lieferkettenpolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet werden.

Nur durch eine kohärente Herangehensweise kann eine Kreislaufwirtschaft zu den Zielen der globalen Nachhaltigkeitsagenda beitragen. Dies bedeutet, dass sie deren Bemühungen nicht widerspricht. Es heißt aber auch, dass beispielsweise Entwicklungszusammenarbeit ihrerseits Maßnahmen im Bereich Reparatur, Remanufacturing oder Recycling in ihren Partnerländern finanziell verstärkt unterstützen sollte.

Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa geht deshalb mit einer globalen Verant-

wortung einher, weshalb die NKWS auf gezielte Kooperationsmodelle und fairen Ausgleich ausgerichtet sein sollte.

### **Wir fordern die Bundesregierung auf,**

- die Ziele sowie jedes Handlungsfeld der NKWS explizit unter entwicklungspolitischen Aspekten beziehungsweise unter Kriterien der globalen Gerechtigkeit zu reflektieren. Darüber hinaus muss ein entwicklungspolitisches Kapitel verbindlich aufgenommen werden.
- in der NKWS schon jetzt systematisch die möglichen Folgen mitzudenken, die eine deutsche Kreislaufwirtschaft für die Länder des Globalen Südens haben wird. Mögliche negative und positive Folgen müssen sichtbar gemacht werden.
- in der NKWS festzuhalten, welche technische und finanzielle Unterstützung erforderlich wird, damit sich die Länder im Globalen Süden an die Folgen einer deutschen und europäischen Kreislaufwirtschaft anpassen und ihre eigene Wirtschaft auf eine Kreislaufwirtschaft umstellen können.
- mit der NWKS ein verbindliches und regelmäßiges Monitoring der Auswirkungen der in ihr verankerten Ziele und Instrumente auf Länder im Globalen Süden festzuschreiben. Auf Basis der Überprüfungsergebnisse ist die Strategie anzupassen beziehungsweise zu ergänzen. Konkret bedeutet dies:
  - Zu Beginn und während der Umsetzung sind anhand von Auswirkungsanalysen (Spill over-Analysen), die Veränderungen, die mit der NKWS in Ländern des Globalen Südens einhergehen, zu erfassen. Untersucht werden müssen in dem Zuge die Auswirkungen auf die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele.
  - Ein umfassender, inklusiver Konsultationsprozess mit Vertreter\_innen des Globalen Südens (aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft) ermöglicht die Berücksichtigung ihrer Perspektiven bei der Bewertung der NKWS und ihrer Umsetzung.
  - Auf dieser Basis muss die NKWS mit Blick auf die intendierten absoluten Reduktionsziele und eine global gerechte Ziel- und Umsetzung nachgeschärft werden.
  - Ein solches Monitoring sollte auch auf europäischer Ebene bezüglich der EU-Politik im Bereich Kreislaufwirtschaft angestoßen werden. Die Wechselwirkungen zwischen EU-Politik und der NKWS müssen berücksichtigt werden.
- die NWKS und weitere Strategien der Bundesregierung, welche sich in die NKWS eingliedern sollen (unter anderem die Rohstoffstrategie), kohärent mit Blick auf ihre weltweiten Auswirkungen auf Menschenrechte und globale Gerechtigkeit zu gestalten. Auch auf europäischer Ebene sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen.

### **Die Abfall- und Gebrauchtwarenpolitik muss Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards sichern**

Eine Kreislaufwirtschaft reduziert Abfälle, verhindert sie allerdings nicht vollständig. Deshalb muss die NWKS darauf abzielen, illegale Abfallexporte zu verhindern. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass viele Arbeiter\_innen im informellen Sektor des Globalen Südens ihre Lebensgrundlage auf Abfallimporten aufgebaut haben und von deren Rückgang direkt betroffen sein werden.

Auch deutsche und europäische Exporte von Gebrauchtwaren wirken sich auf die wirtschaftliche Entwicklung im Globalen Süden aus. Trotz einer Kreislaufwirtschaft wird zukünftig der Export von

gebrauchten Produkten aller Voraussicht nach fortbestehen. Diese Produkte tragen aber nur dann zur lokalen Entwicklung bei, wenn ihre Qualität, ihre ökologische Nachhaltigkeit und ihr Zustand so gut sind, dass sie den Menschen im Globalen Süden durch Reparatur oder Weiterverarbeitung eine substanzielle Wertschöpfung ermöglichen.

### **Wir fordern die Bundesregierung auf,**

- die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Abfall- und Gebrauchtwarenexporten sicherzustellen. Sie muss entsprechende Vereinbarungen mit den importierenden Ländern treffen. Diese Vereinbarungen sollten beispielsweise Mindeststandards bezüglich verbleibender Lebenszeit sowie Umwelt- und Emissionsstandards festlegen.
- politisch und finanziell die weitere Verarbeitung gebrauchter Produkte und – wo nicht vermeidbar – von Abfällen zu unterstützen, damit diese Verarbeitung im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der lokalen Wertschöpfung erfolgt. Die Erwerbsperspektiven von (informellen) Arbeiter\_innen müssen dabei berücksichtigt werden.
- in der NKWS konkrete Maßnahmen vorzusehen, um die geplanten europarechtlichen Vorgaben zum Export von Abfällen nur an zertifizierte Recyclinganlagen durchzusetzen.

Hierfür müssen die Voraussetzungen für eine effektive Durchsetzung geschaffen beziehungsweise verbessert werden, beispielsweise bezüglich der Kontrollen an den Häfen.

- mit der NKWS die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Einführung und Umsetzung einer nachhaltigen Abfall- und Gebrauchtwarenpolitik sozial verträglich den Ländern des Globalen Südens ermöglicht wird. Hierfür sollten Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Weitere Mittel sollten aus einem umfassenden finanziellen System der verbindlichen erweiterten Herstellerverantwortung (EPR-System) kommen. Die EPR-Mittel sollten anteilig in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden, in die gebrauchte Produkte oder Abfälle (illegal) exportiert werden.
- bei der Entwicklung und Finanzierung von Maßnahmen, die den Umgang mit Abfall- und Gebrauchtwaren unterstützen, einen Dialog mit den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Das soll nachfrageorientiert und so geschehen, dass eine zivilgesellschaftliche Vertretung von Betroffenen teilnimmt.

## IMPRESSUM

### **Herausgeber**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.  
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin  
Tel.: 030/2 63 92 99-10  
E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

### **Redaktion**

Dr. Sonja Grigat

### **Mitarbeit**

Luisa Denter, Johanna Graf, Fabian Scholtes

### **Endredaktion**

Janna Völker  
Berlin, Oktober 2023

Diese Maßnahme wird finanziert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des BMZ

